



Göttingen, am 31.10.2012

Ratsantrag zur Ratssitzung am 16.11.1012

## **Sozialen Wohnungsbau in Göttingen reaktivieren**

### **Der Rat möge beschließen:**

Die Stadt unternimmt in Zusammenarbeit mit der Städtischen Wohnungsbau GmbH, der Volksheimstätte eG und der Wohnungsgenossenschaft eG gezielte Anstrengungen, den Bau von Sozialwohnungen in Göttingen wieder deutlich zu erhöhen. Dazu sollen alle Möglichkeiten der Förderung durch Land und Bund eruiert und ausgeschöpft werden.

Bei den notwendigen Planungsüberlegungen und Schritten sollten folgende Aspekte besonders berücksichtigt werden:

- Neben barrierefreien und altersgerechten Wohnungen sollten insbesondere auch Wohnungen für Familien mit mehr als zwei Kindern berücksichtigt werden.
- Es soll in Gesprächen mit der Landesregierung darauf hingewirkt werden, dass auch in Niedersachsen das Studentenwerk in den sozialen Wohnungsbau aufgenommen wird.

Die Verwaltung wird beauftragt möglichst zeitnah in einem ersten Zwischenschritt den jetzigen Bestand an Sozialwohnungen zu dokumentieren und insbesondere eine Bedarfsanalyse zu erarbeiten.

### **Begründung:**

Auch in Göttingen zeigt sich schon seit einiger Zeit, dass der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum deutlich gestiegen ist. Gleichzeitig sind aber die Bemühungen im Sozialen Wohnungsbau kontinuierlich nach unten gefahren worden. Das Interesse am Zuzug in unsere Stadt ist nach Jahren der Stagnation wieder erkennbar gestiegen. Ebenso lässt sich nicht leugnen, dass Armutsphänomene auch bei uns vermehrt anzutreffen sind. Der Geschäftsführer der Städtischen Wohnungsbau GmbH Herr Köhler hat in einer Stellungnahme vor kurzem den gestiegenen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, sprich Sozialwohnungen klar thematisiert. Ebenso hat das Studentenwerk appelliert,

ebenso wie in Hessen und Nordrhein-Westfalen in den sozialen Wohnungsbau aufgenommen zu werden.

Bezahlbarer und menschenwürdiger Wohnraum stellt für uns ein grundsätzliches Menschenrecht dar. Deshalb ist es aus unserer Sicht auch eine der vornehmlichsten Aufgaben einer Kommune, Vorsorge und Fürsorge für alle Bürgerinnen und Bürger auf diesem Gebiet zu betreiben.

Gemeinsam sollten wir uns als Rat darauf verständigen, Land und Bund wieder verstärkt in die Pflicht zu nehmen, entsprechende Fördermittel im notwendigen Umfang für die Kommunen zur Verfügung zu stellen.



Jerd hier